

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 6. September 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verammlungs-, Bergnügungsanreise usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verhäufe und Empfehlung aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 103

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Gewerbliche Fragen und Erfordernisse, I—III.
Das Buchgewerbe im Auslande: Österreich, — Ungarn, — Schweiz, — Dänemark, — Schweden, — Norwegen, — England.
Korrespondenzen: Barmen, — Bielefeld, — Hamburg (M. S.), — München, — Regensburg, — Saarbrücken (M. S.), — Stargard.
Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege, — Nachfrage und Angebot auf dem Arbeitsmarkt, — Die Rückvergütungsfrage der Feuerungsanlagen im Baugewerbe, — Staatliche Kriegssteuerungsanlagen, — Die Lebensmittelpreise im Juli 1917, — Unterschiedlichkeit der Lebensmittelpreise, — Eine Probe und Aktualien-Saga aus dem Jahre 1730, — Tagesordnung des 22. deutschen Kranenhaltentages, — Der geschäftliche Verlauf der Leipziger Messe, — Dfenreinigung gleich Stobenerparnis.

Gewerbliche Fragen und Erfordernisse

I. Kurzes Vorwort.

In das gewerbliche Getriebe dann und wann tiefer hineinzuleuchten und über die gemachten Wahrnehmungen hierauf der Öffentlichkeit einen bildhaften Abriss zu geben, zählt zu den wertvollsten und ernsthaftesten Aufgaben. Daß sie sonderlich angenehm sind, kann nicht behauptet werden. Je mehr bei solchen Untersuchungen der Notwendigkeit unbedingter Objektivität entsprochen wird, um so eher läuft man Gefahr, bei den geehrten Lesern anzuecken. Ein gewissenhafter Publizist darf es aber nicht darauf anlegen, nur Angenehmes zu sagen. Damit wäre der Sache, der man dienen will, nicht genügt.

Wir haben es im März und April unternommen, mit der im weitesten Umfange geschehenen Aufzeigung von sogenannten kleinen Unfällen nicht allein nach der Prinzipalseite eine Reihe von gewerblichen Erfordernissen zu betonen und haben damit, soweit die Vox populi darüber vernehmbar wurde, nicht schlecht abgeschnitten. Die den Juni und Juli durchziehenden, von vornherein kritischen Charakter tragenden Marginalien zu den letztmaligen Steuerungsanlagen haben mehr stille als laute Zustimmung gefunden.

Jetzt soll unser Zugrundelegung eines vor Monatsfrist in der „Zeitschrift“ erschienenen Aufsatzes, der leider noch kein Echo gefunden hat — ein unfröhliches Zeichen, daß es der Verfasser nicht bei der Beurteilung der Oberfläche bewenden ließ, was die Artikelschreiber im „Korr.“ über gewerbliche Fragen sich ebenfalls stets zur strikten Voraussetzung machen sollten —, das große und wichtige Kapitel der gewerblichen Fragen und Erfordernisse einer kürzeren Abhandlung unterzogen werden.

II. Ein neuer Kessler.

In Nr. 56/57 betraf Dr. Alfred Kessler in München wieder einmal die Kanzel der „Zeitschrift“, um über das Thema „Fachliche Ausbildung“ eine längere Vorlesung zu halten. Dr. Kessler gehört der jüngeren Prinzipalsgeneration an, von der er infolgedessen eine Ausnahmeerscheinung bildet, als bei ihm ein sicheres Fortschreiten auf der betretenen Bahn festzustellen ist. Mancher von den Prinzipalsöhnen hat schon zum Gegenstande seiner Doktordissertation den Vorwurf aus unserm Gewerbe genommen. So dankbar ihnen dieses Gebiet ersehnt, ausdauerndes Interesse vermochten sie ihm nicht abzugewinnen. Sie wandten sich der praktischen gewerblichen Tätigkeit zu und haben da wohl Gelegenheit gehabt zu einigen Korrekturen ihrer Ansichten und Auffassungen. Laufendes Gold war es ja nicht immer, was sie in ihren Schriften niederlegten.

Anders Dr. Kessler, der mit seinem im Frühjahr 1916, nach vierzehntonatigem Felddienst, erst vollendeten Buche „Die Organisation der Buchdruckerei“ sich einen Namen gemacht hat. Aber schon vor seiner Einberufung ist von ihm in bemerkenswerter Weise das Wort in der „Zeitschrift“ ergriffen worden, wie er nachdem auch ein sehr beachtlicher Mitarbeiter des Prinzipalsorgans geblieben ist. Der „neue Kessler“, sein hier zur Diskussion stehender Artikel, macht diese Behauptung beweiskräftig. Man folgt seinen feinsilifizierten und doch den Taffachkern nicht durch Wortkunst verblissen machenden Ausführungen gern und läßt seine Gedankengänge und Anregungen auf sich wirken, wenn man ihnen auch nicht in allem Raum und Folge zu geben vermag. Es bereitet ja schon Genugtuung, manches aussprechen zu hören, was sonst sozusagen eine heilige Scheu von selbst zu verbieten scheint.

Dr. Kessler ist gewiß nicht der einzige unter den Prinzipalen, den Freimut auszeichnet. Es gereicht ihm indes zur Anerkennung, ohne Rücksicht auf kritische Erwiderung oder lobende Erwähnung von Gehilfenseite den Dingen den richtigen Namen zu geben. Wir wissen, daß die letztere Möglichkeit schon hier und da sich schriftstellerisch gern befüßigende Prinzipale abgehalten hat, die Erörterung von gewerblichen Fragen und Problemen weiterzuführen, sobald der „Korr.“ Gelegenheit nahm, sich ebenfalls dazu zu äußern. Und warum sollte er das nicht? Werden nicht auch untre Schicksale damit gekreuzt, wenn in der „Zeitschrift“ über Gewerbestatistik in tieferer Erfassung geschrieben wird? Solche Anglistlichkeit macht nicht den Eindruck der Selbstsicherheit! Man hat eben den Betroffenen ihre Offenherzigkeit verdacht, weil das Gehilfenorgan die Objektivität voranstellte und mit seiner Anerkennung nicht zurückhielt, wenn es etwas anzuerkennen gab. Daß der „Korr.“ den kritischen Notwendigkeiten zur Genüge nachkommt, davon zeugen doch die Jahrgänge der „Zeitschrift“, in denen man das Verbandsorgan gar nicht selten auf der Anklagebank finden kann. Es ist aber bedauerlich, daß durch die geschilderte Zurückhaltung schon manchmal eine begründete Diskussion über gewerbliche Angelegenheiten verebben mußte. Hoffentlich gibt man diesen Standpunkt nun auf, denn er ist nicht förderlich, sondern wirkt lähmend.

Wir wissen Dr. Kessler Dank, wenn er auch in Zukunft sich nicht daran stört, daß der „Korr.“ sich gewissermaßen als Korreferent zum Worte meldet; es möge ihm allein darauf ankommen, was das Verbandsorgan dazu zu sagen hat. An Sachlichkeit soll es bei uns nicht fehlen, wie sie ja auch von ihm streng beachtet wird.

III. Die fachliche Ausbildung.

Die Lehrlingsfrage einstweilen noch zurückstellend, wollen wir hören, was Dr. Kessler über die Beschlagenheit der Buchdrucker — Prinzipale wie Gehilfen — in ihrem Fach allgemein zu sagen hat, und was er als Erfordernisse zu einer Wandlung zum Besseren empfiehlt. Er spricht ohne Scheu nach beiden Seiten, wie sich aus den folgenden Ausführungen ergibt:

Stillstand ist Rückschritt. Auch die zu Hause sind nicht vorwärtsgerichtet wie in gesegneten Friedenszeiten. Die Arbeit ist ausschließlich auf das Bedürfnis des Augenblicks zugeschnitten: es ist Krieg, es muß genügen. Wie viele Arbeit, wie viele Leistung geht nun

fast seit drei Jahren hin, weil kein besseres Material, keine bessere Anleitung, keine bessere Arbeitskraft erreichbar ist. Wie viele Fehler bleiben unverbessert und ungerügt — weil man doch auf die paar zurückgebliebenen Leute angewiesen ist, weil man doch lieber schlechte wie gar keine Arbeit macht.

Nun verzeihe man mir die heftige Behauptung, daß schon vor dem Kriege die fachliche Ausbildung bei einer leider nur zu großen Anzahl von Buchdruckern erheblich unter dem Idealmaße lag. Soweit sich dies auf die fachlich-wirtschaftliche Durchbildung und auf die Unternehmung bezog, blieb meine frühere Kritik bisher un widerprochen. Ich muß sie aber auch auf das rein technische Gebiet ausdehnen und auf den gesamten Durchschnit der Gewerksangehörigen. Wer viel fremde Druckereien liebt, und wer Gelegenheit hat, mit solchen zusammenzuarbeiten, oder gar, sie zu beobachten, wo sie sich unbeobachtet glauben, der muß zur Überzeugung kommen, daß die Zahl der wirklich tüchtigen Fachleute gering war und ist. Wie unbeholfen manch ein Fachmann einfachen technischen Aufgaben gegenüber ist, wie rassel er einer außergewöhnlichen Anforderung gegenübersteht, das ist fast ebenso verwunderlich wie das Mißtrauen und die unbehagliche Ablehnung, die jede neue Maschine, jede neue Einrichtung oder Anordnung vom Seher oder Maschinenmeister erfährt; oder wie die Schwierigkeit, technische Gewohnheiten irgendwelcher Art auszumergen, von dem Eindenken in neue Verhältnisse, der Selbständigkeit im Arbeiten beim großen Durchschnitte gar nicht zu reden.

Es ist traurig, aber es ist so. Was man da früher vom Rückgänge der Leistungen, von schlimmen Erfahrungen bei den Lehrlingsprüfungen, von Pöbel und ähnlichen Dingen gelesen hat, ebenso wie von wirtschaftlichen, rechnerischen, organisatorischen Mängeln und Schäden, das geht alles auf den einen großen Gesichtspunkt zurück: es fehlt an der Ausbildung und Erziehung.

Wir müssen die Fachschulen mit allen Mitteln fördern und künftigen für die Bekehrung in der Provinz eine Art briefflichen Unterricht einrichten — gleichsam ein zwangsläufiges Beschäftigen der jungen Leute mit Fachliteratur.

Wir müssen die Vereine und Organisationen, die sich mit technischen und mit Fortbildungsfragen beschäftigen, nach Kräften unterstützen.

Wir müssen in den Orts- und Bezirksgruppen Vorträge und Diskussionsabende über wichtige fachliche Fragen einrichten. Wir müssen auch von Vereinen wegen Kurse veranstalten, wie dies für die Druckfachberechnung schon mancherorts mit Erfolg versucht wurde.

Wir müssen endlich der weiteren Fortbildung der Prinzipale selbst, der Heranbildung tüchtiger Druckereileiter die ernsteste Sorge zuwenden: durch Einrichtung von Kursen, Gründung von Hochschulen des Buchdrucks, als selbständige Schulen oder als graphische Abteilungen bestehender Technikas oder Akademien angegliedert. Auch diese Wege sind schon vielfach zu gehen versucht worden. Der Kreis V des Deutschen Buchdruckervereins ist durch den Krieg verhindert worden, seine Vorarbeiten für die Errichtung eines Technikums in München fortzusetzen.

Es ist also ein ganzer Komplex von Fragen und Erfordernissen, mit denen Dr. Kessler bereits bei allgemeiner Betrachtung der Verhältnisse aufwartet. Gegen die betonten Erfordernisse ist nichts einzuwenden. Größere Förderung der Fachschulen, Unterstützung der fachtechnischen Vereine und Organisationen einerseits; bei den Prinzipalen Vorträge, Diskussionsabende, Kurse sowie Gründung von Hochschulen für aufstrebende Talente, wobei nicht nur an Prinzipale und Druckereileiter gedacht werden darf — das sind Forderungen, die nach dem Kriege gebieterischer Erfüllung heißen als in Friedenszeit.

Die finanzielle Seite kann dann nicht ausschlaggebend sein, wie sie es schon gewesen ist, als in einem früheren Stadium des Krieges für das Anlernen von Handsehern zu Maschinensehern Einrichtungen geschaffen werden sollten. Auch wird

wohl nichts mehr von der Abneigung gegenüber der fachtechnischen Organisation der Gehilfen, dem Verbands der Deutschen Typographischen Gesellschaften, zu merken sein, der diese bei ihrer Neuorganisation vor fünf Jahren leitens der Prinzipalität ziemlich allgemein begegnete. Wie aber hat sie sich emporgearbeitet und wahrhaft segensreich gewirkt! Desgleichen die Sparten mit ihren Umlernkursen in der Kriegszeit.

Was Dr. Keller über die Notwendigkeit zu beruflicher Erziehung sagt, läßt sich auch unterschreiben. Sein Urteil von der mangelnden Tüchtigkeit jeßt schiebt aber hinaus über das, was in Wirklichkeit ist. Wäre dem so, könnte unser Gewerbe drei lange Kriegsjahre hindurch, bei so außerordentlicher Schwächung an Arbeitskräften, nicht ein Maß von Leistungsfähigkeit an den Tag gelegt haben, wie es tatsächlich der Fall ist.

Auch vor dem Kriege hat es besser ausgesehen. Beginn doch das Vorwort von Dr. Kellers Buch mit dem Satz: „Bewundernswert sind die technischen Leistungen und Einrichtungen des heutigen Buchdruckgewerbes.“ Eine gewisse Einseitigkeit in der Ausbildung bei den Gehilfen ist ja nicht zu leugnen. Das liegt aber in der heutigen Lehre namentlich in den Großdruckstädten begründet und dem von den größeren Firmen so gern gepflegten Spezialistentum. Da hat der Krieg allerdings manche herbe Erfahrung gezeitigt. Hier ist dem jedoch von den fachtechnischen Vereinen und den Sparten nach Kräften entgegengewirkt und noch viel durch Umlernkurse erreicht worden, die dann auch die Prinzipale als Erfordernis einsehen und sie in einigen Druckorten ebenfalls zur Mithilfe bereithalten lieh.

Die argwöhnische Abneigung gegen technische Neuerungen und maschinelle Erfindungen ist bei den Gehilfen eine abgetane Sache. Man hat früher hier fast ausschließlich vielfach einen zu engen Horizont gehabt. Aus der kürzlich beendeten Artikelserie über „Entwicklung und Pflege der Fachtechnik“ ist das auch unzweideutig zu erkennen gewesen. Anpassung lautet die durch den Krieg sich selbst dem letzten Gehilfen aufdrängende Lehre! Und der ist einfach zu bedauern, den Bequemlichkeit zum schlimmsten beruflichen Übel verleitet: zur Rückständigkeit. Wo sie jeßt noch anzutreffen ist, muß ihr der Kampf gelte. Aber die Rückständigkeit so manchen Druckereibetriebes konnte nicht anders als auf die darin beschäftigten Gehilfen abfärben. Es muß also auf der ganzen Linie damit gebrochen werden — im Lehrlingswesen vor allem, auf das noch eingegangen werden soll.

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Nach dem kurzen Bericht über eine Sitzung des Verbandsvorstandes hat die Geringschätzung der von der Prinzipalität bei den letzten Verhandlungen angebotenen Steuererhöhungen einen Entrüstungsurteil in der Gehilfenschaft hervorgerufen. Es werden den jeztigen Verhältnissen mehr entsprechende Zulagen verlangt, für die man sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einsetzen will.

Vier Millionen Kronen verdient haben die österreichischen Buchdruckereibesitzer nach Aushörung eines namhaften Prinzipals durch die Weisgabe an den Staat. Dann wäre das Verhalten in der Steuererhöhungen angelegentlich um so schlimmer.

Mitte August ist ein Direktorenwechsel in der Staatsdruckerei zu Wien eingetreten. Hofrat Ganglbauer hat nach achtzehnjähriger Tätigkeit die Leitung dieses Instituts mit dem Ruhestande verkauft. Der „Vorwärts“ widmet dem Zurückgetretenen anerkennende Worte, er habe viele Mißstände beseitigt und sozusagen einen konstitutionellen Betrieb aus der Staatsdruckerei gemacht. Ministerialrat Dr. Karl Wanschura ist der Nachfolger Ganglbauers geworden.

Ungarn. Zweck besserer Versorgung der Druckereiarbeiter mit Lebensmitteln hat der Budapestener Prinzipalverein den Beitritt zum Allgemeinen Konsumverein empfohlen, er will das Einkittgeschel vorsehen. Wenn aber der Konsumverein, was wahrscheinlich ist, auch nur geben kann, was er hat?

8000 Kronen veruntreut hat der Kassierer des Unterstützungsvereins: Joseph Siegfried. Der Betrag ist zwar gedeckt, aber die moralische Wirkung wird dennoch niederschlagend genannt. Siegfried amtierte dreizehn Jahre.

Schweiz. Der „Gutenberg“ vom 31. August befindet sich im „Kriegszustand“, und zwar zu berechtigter Abwehr, nicht zum Angriff. An der Spitze veröffentlicht der Verbandsvorstand eine festgedruckte Erklärung, die alles be-

lagt. Am 11. Juni wurde nach längerer Arbeitsruhe und mißverhüllten Verhandlungen den unbillbaren Zuständen ein Ende bereitet, unter denen das gesamte Gewerbe litt. Es wurde vereinbart, die frühere Arbeitsordnung wieder in Kraft zu setzen. In dieser wird ausdrücklich die Gründung und der Betrieb von Maschinenfabriken verboten. Für die Arbeitgeber unterzeichneten u. a. die Buchdruckereibesitzer Goldini und Renaud. Während sie unterschrieben, trugen sie sich aber mit dem Plan einer solchen Fabrik, mit der sie jeßt vielleicht auch einen Teil ihrer Standesgenossen überrachen. Der Verbandsvorstand lehnt sich energisch gegen einen solchen Vorbruch auf und fragt die übrigen Unterzeichner des Abkommens auf der Arbeitgeberseite, ob sie ein derartiges Handeln decken wollen. An die Arbeitnehmer aber ergeht die Aufforderung, die Schmalzmaschinen weder aufzustellen noch auszubessern oder zu bedienen, vor allem aber ist es streng untersagt, Maschinenfabrik davon zu umbrechen oder zu drucken. (Siehe auch in der Nr. 101 an dieser Stelle.) Da die Fabrik ihren Betrieb schon aufgenommen, ist also der Kampf entbrannt.

Bereits in der vorletzten Nummer des „Gutenberg“ konnte ein vertrauliches Rundschreiben des neuen Unternehmens veröffentlicht werden. Was mit der Gründung bezweckt wird, geht mit unklarer Offenheit aus der Stelle hervor, wo es heißt, daß jeßt ein äußerst günstiger Augenblick sei, die wirtschaftliche und moralische Widerstandskraft des Verbandes zu erdämpfen. Man begreift deshalb den Entrüstungsurteil unserer weisheitsreichen Kollegen, der in ihrem Organ denn auch stark zum Ausdruck kommt. Ein überzeugter Anhänger des Vermittlungsgedankens ist nun zum Gegenteil bekehrt: „Das geht zu weit“ überschreibt er seinen Aufsatz. Ein anderer fordert ohne weiteres dazu auf, Maschinen usw. in der Kündigungswoche „entsprechend vorzubereiten“. Die Schriftleitung teilt nicht diesen Standpunkt, führt aber den Vorschlag auf die Empörung zurück, die die wortbrüchige Handlungsweise der Arbeitgeber hervorrief.

Dänemark. Bei der Wahl eines Geschäftsführers für die Provinz erhielt Karl Sörensen (Kolding) 642 Stimmen und ist somit gewählt. Karl Nielsen, der andre Kandidat, vereinigte 530 Stimmen auf sich. Sörensen ist 1884 geboren und gehört seit 1914 dem Hauptvorstand an.

In der außerordentlichen Generalversammlung der Abteilung Kopenhagen wurde in Sachen der Steuererhöhungen ein Vorschlag, das bestehende Abereinkommen zu kündigen, mit 132 gegen 130 Stimmen verworfen. Mit Einstimmigkeit wurde dagegen beschlossen, mit den Prinzipalen in Verhandlungen über eine Revision des Abkommens zu treten.

Zwecks Erleichterung der Beschaffung von Heizmaterial fand ein Antrag Annahme, jedem Mitglied ein Darlehen von 20 Kr. in Gestalt von Kohsmarken zu gewähren, das in wöchentlichen Rückzahlungen von 2 Kr. abgetragen werden soll. Auch Prinzipale geben mehr dazu über, durch Gewährung von Geldmitteln den Gehilfen hier entgegenzukommen. Sechs Sechsteler Kohs ist das von den Gemeinden jedem Hausstande zugebilligte Deputat. Mit der Aufschrift „Sechs Sechsteler Kohs“ versehenen Kuverts, die den dafür geltenden Betrag von 30 Kr. enthalten, sind von den Gehilfen gern gesehene Zuwendungen der Prinzipale.

Schweden. Eine Steuererhöhung von 40 Proz. will die Organisationsleitung durch Verhandlungen mit der Prinzipalität erreichen.

Norwegen. Der Gehilfensverein in Kristiania ist durch seinen Vorstand an die Prinzipalität mit dem Ersuchen um erhöhte Steuererhöhungen herangetreten.

Die Arbeiterdruckerei in Kristiania ist schon mit gutem Beispiele vorausgegangen, indem sie jedem Beschäftigten in Abstufungen nach seiner Tätigkeit eine weitere Verbesserung gewährte. Für einen Gehilfen beträgt die Steuererhöhung nunmehr 18 Kr. (gleich normal 20,16 Mk.).

Ein Provinzlohn, der sich heben lassen kann, wird in Fernby (nördliches Norwegen), 9000 Einwohner, gezahlt, indem dort Gehilfen 50 Kr., Lehrlinge im ersten Jahre 27 Kr. und später 33 Kr. erhalten.

England. Den ehemaligen Kollegen G. Roberts Minister werden zu sehen, wäre unter andern Verhältnissen nicht so auffällig gewesen, wo dieser in Regierungsämtern nicht neue Mann neben andern Arbeitervertretern in dem Augenblicke einen weiteren Aufstieg genommen hat, da Henderson wegen Stockholm mit Lloyd George in heftige Differenzen geraten war und wegen der Pabverweigerung zurückgetreten ist.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

W. F. Barmen. Die Bezirksversammlung, die am 26. August in Schwelm stattfand, war von 44 Kollegen, 3 Feldgrauen und 2 Gästen besetzt, die sich auf die folgenden Orte verteilten: Barmen 22, Gevelsberg 2, Remscheid 8, Schwelm 10 und Sprochhövel 1. Vorsitzender gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung zweier gefallener Kollegen und der verstorbenen Kollegen Neuber (Barmen) und Dominé (Frankfurt), welche von der Versammlung wie üblich geehrt wurden. In diesem Jahre können die Kollegen Meichner (Barmen), Heidenstedter (Schwelm), Böschke und Salmann (Remscheid) auf eine 25jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken. Bei der Abrechnung über das zweite Quartal wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Als Vorsitzender wurde Kollege Kunz gewählt. Hieran nahm Redakteur Richard Bold von der „Freien Presse“ zu seinem Vortrage „Die Gewerkschaftsarbeit nach dem Kriege“ das Wort. In seinen

Ausführungen schilderte er einleitend, unter welchen Voraussetzungen die Gewerkschaftsarbeit zu Beginn des Krieges stand. Staatsregierung und Unternehmertum haben in den Gewerkschaften vor dem Kriege schädliche Organisationsgebilde für die Volkswirtschaft. Nach vor dem Kriege rühmte sich in Rheinland-Westfalen ein früherer Syndikus der Unternehmerverbände, daß er in seinem Leben noch niemals einen Gewerkschaftsführer leibhaftig zu Geficht bekommen habe! Nun, da der Krieg kam, sah sich die Regierung plötzlich gezwungen, mit den Gewerkschaften zu arbeiten. Wie wären die Kriegsaufgaben und die Umschaltung von der Friedens- zur Kriegswirtschaft möglich gewesen ohne die Mitarbeit der Gewerkschaften? Der am Schlusse gependete Beifall bewies, daß die Kollegen voll auf befriedigt waren. Der Vorsitzende drückte dem Referenten den Dank der Versammlung aus. Zum Schlusse wurde noch auf die Kriegsbefähigungsorganisation hingewiesen.

yr. Bielefeld. (Dritte Bezirksversammlung vom 26. August in Bielefeld.) Nach Begrüßung der Erklärenen, etwa 100 Mitglieder, zunächst Ehrung von vier gefallenen Kollegen und der gestorbenen, für neue Organisation sehr verdienstvollen Kollegen Lauser (Mannheim) und Dominé (Frankfurt). Die Zahl der Kriegsopter im Bezirk ist leider schon auf 72 gesunken. Sodann freiste der Vorsitzende kurz die Jahresberichte des Verbandes und des Gauces sowie den Geschäftsbericht der „Volkswirtschaft“ und empfahl auf neue der Kriegsvericherung, zumal der Ortsverein die Hälfte eines Anteilcheins von 5 Mk. trägt. Nach einigen Mitteilungen anderer Natur verwies Kollege Löbchner auch auf die Bekanntmachung in Nr. 77 des „Korr.“ betreffend Entscheidungen des Tarifamts in Anwesenheit der Steuererhöhungen und der Ersatzkräfte sowie auf die Artikel in Nr. 97 und 98 über die Papierverbrauchseinschränkung und Papierberedersicherung. Sodann referierte über „Kriegswirtschaftliche Fragen“ der Redakteur Karl Severing. Die Versammlung lauschte den vor trefflichen Ausführungen mit sichtlichem Interesse. Allgemeiner, wohlverdienter Beifall wurde dem Redner zu teil. Dem Bezirkskassierer Weching wurde hiernach Entlastung erteilt. Mitgliederstand: 282. Ausgeschlossen wurde der Kollege Seiberg. Einstimmig wurde sodann noch beschlossen, an die Kriegserfahren und Witwen gefallener Kollegen 5 Mk. als Ernteanerkennung zur Auszahlung gelangen zu lassen.

Samburg. (Maschinenlehre.) Unser am 26. August tagende Mitgliederversammlung war stark besucht. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden wurde bekanntgegeben, daß der Weltkrieg wieder vier Opfer aus unsern Reihen forderte. Die Tagesordnung wies nur geschäftsmäßige Punkte auf. Eine neu zusammengesetzte technische Kommission soll sich eingehend mit sämtlichen Hartmannschen Fragen beschäftigen und sie der Reihe nach unsern Kollegen an der Maschine illustrieren.

h. München. In der Versammlung am 23. August wurden 17 Kollegen, zumeist Neuausgewählte, aufgenommen. Dem Weltkriegsopfer fielen wieder zwei Kollegen zum Opfer, am Orte verstorben sind ebenfalls zwei Kollegen. Die Versammlung ehrte das Andenken der Toten in der üblichen Weise. Dann sprach Arbeitersekretär Karl Schmidt über das Thema: „Wie wahrst der Arbeiter seine Rechte bei der Steueranlegung?“ Der einstündige, lehrreiche Vortrag wurde von den Versammelten aufmerksam verfolgt und am Schlusse mit reichem Beifalle bedankt. Hierauf gelangte ein Antrag zur Beratung, der den Kranken und Arbeitslosen einen täglichen Zuschuß von 50 Pf. und den Invaliden einen solchen von monatlich 4 Mk. gewähren will. Vorsitzender Söldner führte dazu aus, daß mit der Annahme dieses Antrags bei dem jeztigen hohen Krankheitsstande, der auch in absehbarer Zeit eine Minderung nicht erfahren dürfte, eine Beitragserhöhung von 20 Pf. pro Woche verbunden sein müße, wenn das Vermögen des Ortsvereins nicht allzu stark geschwächt werden sollte. Es könne aber auch nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, für das auszukommen, was die Ortskrankenkasse verläumt, deren Vorstandschäft den Antrag der Vertreter der freien Gewerkschaften auf Erhöhung des Krankengeldes unter Beihilfe der christlichen Arbeitervertreter ablehnte. In der weiteren Aussprache vertrat fast alle Redner den Standpunkt, daß die Verbandskasse sehr wohl in der Lage sei, eine Erhöhung des Krankengeldes eintreten zu lassen. Der Antrag wurde schließlich gegen fünf Stimmen abgelehnt. Die 50jährige Gründungsfeier der Mitgliebschaft München findet am 21. Oktober vormittags im „Raimsaal“ statt.

K. Regensburg. Zufolge einer Einladung der Mitgliedschaft Almburg trafen sich am 26. August, den Verhältnissen gemäß in fastlicher Anzahl, die Kollegen der Oberpfalz von den Städten Almburg, Burglengenfeld, Cham, Neustadt a. Wa., Regensburg und Weiden zu einer Versammlung in dem zentral gelegenen Schwandorf. Auch Gausorfer Seiz (München) war anwesend und schilderte in längerem Vortrage die gegenwärtigen Verhältnisse in der Organisation und dem Gewerbe. Konstatiert wurde ferner, daß die Steuererhöhungen in den vertretenen Orten ausnahmslos zur Einführung gelangten. Die Anregung zur Gründung eines Bezirksvereins wird im Auge behalten und, wenn realisierbar, soll der Frage nach dem Kriege nähergetreten werden. Es war eine reiche und schöngeleitete Buchdruckerverammlung und wurde insbesondere von den anwesenden kleinen Mitgliedschaften und einzelstehenden Kollegen wie schon so oft der Wunsch laut, öfters derartige Gelegenheiten zu haben, um auf dem laufenden in unserer Organisation zu bleiben. Unsern Dank der Mitgliedschaft Almburg!

Saarbrücken. (Maschinenlehre.) Nachdem während der Kriegsdauer das Versammlungsleben ruhte, hielt der

Maschinenherklub am 22. April d. S. Seine erste Versammlung am Vorort und seine zweite am 26. August in Neunkirchen ab. In beiden Versammlungen wurde nach Abnahme der Kasienberichte und Erledigung sonstiger geschäftlicher Angelegenheiten unter der Rubrik „Technischer Fragekasten“ im Anschluß an die Verlesung einiger technischer Artikel eine recht ausgiebige Aussprache geführt, an welcher sich alle Kollegen beteiligten. Nachdem noch beschlossen, die nächste Versammlung in Saarbrücken abzuhalten, trennte man sich und gab der Hoffnung Ausdruck, daß in der nächsten Versammlung alle Kollegen vollständig erscheinen werden.

Stargard. Am 25. August hielt unser Ortsverein seine Monatsversammlung ab. Der Versammlungsbesuch ist hierorts erfreulicherweise ein sehr guter. Unter „Bereitsmittlungen“ wies der Vorsitzende Sieck auf die Notiz in Nr. 97 des „Korr.“ hin, laut welcher der Vizepräsident Karl Baudzun einen Kellereispruch erhielt und jedenfalls hiermit verschwunden ist. 1916 konditionierte hier ein Seher Karl Baudzun. Dieser wurde wegen allerhand Schwindelereien vom hiesigen Ortsverein einstimmig aus dem Verband ausgeschlossen. Im August v. S. hatte sich B. im Gau Ostpreußen wiederum zum Verbandsmitglied. Der hiesige Vorstand legte gegen die Aufnahme des B. sofort beim Gauvorsitzer in Königsberg Protest ein. Dieser hielt es jedoch nicht für nötig, uns hierauf zu antworten. Auch dem Verbandsvorsitzenden wurde auf seine Anfrage ein Bericht über die Beweggründe zum Ausschlusse des B. übermittelt. Trotzdem muß B., wenn es sich um denselben „Kollegen“ handelt, aufgenommen sein. Beim Punkte „Tarifliches“ wurde über die Lokalzuschlagsfrage beraten. Zur Zeit stehen etwa 25 Kollegen von hier im Felde.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eisener Kreuz: Franz Klotzer (Mugsburg), Franz Schröder (Berlin), Wilhelm Schlichthaber (Bielefeld), Hermann Richter (Blankenburg), Otto Herrmann und Willi Weinhold (Breslau), Rudolf Klein und Max Sahlmann (Dresden), Heinrich Rathmann und Max Scharf (Eilenburg), Otto Engelhardt (Eberfeld), Willi Siedel (Goldberg i. Schl.), Wilhelm Debusch, Alfred Schömann, Richard Kiffler, Paul Koblach, Otto Marx und Felix Schwefler (Leipzig), Martin Jordan (Niemitz), Fritz Heng und Friedrich Söhl (Rudwigsbagen a. Rh.), Hugo Götz (Neudamm), Willi Hoff (Neuwied), Hermann Sprezdinski (Stargard i. P.), Otto Raich und Ernst Vogel (Algen). Damit haben bis jetzt 4059 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Nachfrage und Angebot auf dem Arbeitsmarkte. Calwers „Arbeitsmarktkorrespondenz“ brachte vor einigen Tagen Berechnungen und Betrachtungen über die Lage des Arbeitsmarktes in den letzten Monaten bis August. Wir wollen daraus nur die folgende Zusammenfassung entnehmen, wonach sich auf 100 offene Stellen Bewerber melden:

Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
1915 134,82	127,21	111,62	116,83	115,12	113,20	116,82
1916 106,40	110,46	104,09	109,36	111,18	103,10	99,82
1917 81,21	81,92	77,76	75,81	69,79	62,17	60,55

Bei den männlichen Arbeitskräften sank der Anbruch von 97,90 im Juli 1915 auf 77,18 im Jahre 1916 und auf 46,53 im Jahre 1917, bei den weiblichen von 104,98 auf 154,31 bzw. auf 82,67 im Berichtsjahre. Von 154,31 im Vorjahr ist der Anbruch am weiblichen Arbeitsmarkte bis auf 82,67 im laufenden Jahre zurückgegangen. Das ist eine sehr beträchtliche Verminderung. Calwer spricht daher zutreffend von Erschöpfung des weiblichen Angebots, wofür er den Grund wieder in seinen falschen Behauptungen von den „Wirkungen der herrschenden Kriegswirtschaftspolitik“ sucht. Nein, es ist wie mit dem Einkommen, das auch keine Grenze hat. Mit dem weiblichen Angebote mußte es ebenso kommen, und das ist logisch, sonst würde das Übermenschenum unter den Wirtschaftsvollkonditionen noch waghalsigere Schlüsse konstruieren.

Die Rückvergütung der Steuerungsulagen im Baugewerbe. Zwischen dem Reichsamte des Innern und dem Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe ist bekanntlich das merkwürdige Abkommen getroffen worden, daß alle diejenigen Bauunternehmer die Sicherung einer Anrechnung der Steuerungsulagen bei den Bauhöfen der Behörden erhalten, die vor dem 26. April d. S. Mitglieder des Arbeitgeberbundes gewesen sind. Es war ein überflüssiges Manöver von dessen Leitung, erst die Gewähr einer Rückvergütung zu erlangen, dann großmütig die gestellten bzw. abgehandelten Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, obendrein aber nur ihre Mitglieder davon profitieren zu lassen, mögen andre auch mit beherrschenden Bauten noch so stark beschäftigt sein. Wenn der Bauarbeiterverband nicht auf dem Posten gewesen wäre, hätte es leicht zu einer bedenklichen Durchbrechung der Steuerungsulagen kommen können, denn die Zahl der dem Bunde nicht angehörenden Bauunternehmer ist erheblich. Die Arbeitervertreter haben im Reichsamte des Innern gegen derartige Sonderabmachungen Einspruch erhoben und darauf hingewiesen, daß der im Baugewerbe bestehende Reichsarbeitervertrag für alle Arbeitsstätten gilt, die Vertragsparteien sich für seine Durchführung einzusetzen haben und Sonderabmachungen der einen Partei ausschließen sind. Sie konnten aber nur erreichen, daß die Rückvergütung für alle Bauten in Aussicht gestellt wurde,

die unmittelbar vom Reich oder von einem Bundesstaate betrieben werden, ohne Rücksicht darauf, ob der ausführende Unternehmer Mitglied des Arbeitgeberbundes ist oder nicht. Der Innungsverband hat ebenfalls gegen dieses sonderbare Verfahren protestiert, vermochte jedoch auch nicht mehr zu erzielen und hat nun dem Reichsamte des Innern nochmals eine Vorstellung gemacht. Es wird darauf hingewiesen, daß die unter Mitwirkung des Reichsamtes des Innern vom 7. Mai getroffene Vereinbarung selbst verlangt, daß sämtliche in den Tarifverträgen der einzelnen Tarifgebiete aufgeführten Arbeiterkategorien die neue Kriegsulgazule zu zahlen ist. Wenn hiernach sämtliche Arbeiter Anspruch auf die Zulage haben, dann ergibt sich daraus in Verbindung mit dem vom Reichsamte grundsätzlich anerkannten Rückverfassungsgedanken, daß auch sämtliche Unternehmer sie zahlen müssen, und daß sämtliche Zahlungen zurückerstattet werden müssen. Daß eine solche Bevorzugung statgefunden hat, wird stark betont und weiter auseinandergesetzt, daß die Vorenthaltung der Rückvergütung der Kriegssteuerungsulagen an die nicht zum Arbeitgeber-Tarifkontrakt gehörenden Unternehmer weder rechtlich noch faktisch begründet ist. Die Eingabe des Innungsverbandes verlangt mit Recht, daß allen Arbeitgebern des Baugewerbes die tariflichen Kriegssteuerungszulagen, die das Reichsamte selbst als angemessen anerkannt hat, erstet werden.

Staatliche Kriegssteuerungszulagen. Die steigenden Steuerungsverhältnisse für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel haben auch die Regierungen veranlaßt, den staatlichen Beamten und Angestellten Kriegsbeihilfen und Kriegssteuerungszulagen zu gewähren. Nachdem in Preußen zunächst geringe Zulagen für die niedrigen Besoldeten und Ende 1916 auch den mittleren Beamten Steuerungsulagen gewährt wurden, soll dies bereits im Jahre 1917 zum vierten Male geschehen — ein Zeichen, wie schwer es ist, die Gehälter mit der fortgeschrittenen Verteuerung aller Lebensbedürfnisse einigermassen in Einklang zu bringen. Mit Wirkung vom 1. April 1917 an erhalten in Preußen alle planmäßig angestellten männlichen und weiblichen Staatsbeamten laufende Kriegsbeihilfen, die sich nach dem Dienst-einkommen sowie nach der Kinderzahl staffeln. Um ein Bild hiervon und von der Höhe der gewährten Zulagen zu bekommen, führen wir die Zulagen in der Gehaltsklasse bis 2300 Mk. an: Es erhalten die Unverheirateten monatlich 10 Mk., Verheiratete ohne Kinder 15 Mk., mit einem Kinde 27, mit zwei Kindern 40, mit drei Kindern 54, mit vier Kindern 69, mit fünf Kindern 85 Mk.; für jedes folgende Kind erhöht sich die Zulage progressiv um monatlich 1 Mk. Wie verläuft, soll jetzt wieder eine neue, wahrscheinlich auf einmal zur Auszahlung gelangende Zulage gewährt werden, und zwar allen Beamten mit einem Dienstverdienst bis zu 13000 Mk. mit Wohnungsgeld. Auch die württembergische Regierung wollte vom 1. September ab ihren Beamten erheblichere Steuerungsulagen gewähren. Die Steuerungsulagenpolitik der preussischen Regierung findet in österreichischer Hinsicht eine starke Bemängelung von Seiten der Beamten und auch der Gemeinden, da fast bei jeder neuen Regelung neue Prinzipien und Grundlinien maßgebend sind, so daß es ungeheuer schwierig ist, sich aus den vielen durcheinandergehenden Steuerungsulagenhemmen herauszufinden. Auch wird darüber geklagt, daß die Steuerungsulagen für die Beamtenkategorien mit höheren Gehältern in einem zu ungleichen Verhältnisse zu denen der niedrigeren stehen, die zu kurz wegkommen.

Die Lebensmittelpreise im Juli 1917. Gegen den Juni ist nach Calwers sich auf die Verichterstattung aus 200 Orten sich begründende monatliche Zusammenstellung eine Steigerung um 92 Pf. eingetreten, denn die Reichsbuchschrittsziffer ist auf 55,26 Mk. gestiegen. Der April war mit 54,81 Mk. der Rekord in diesem Jahre. Mai und Juni brachten kleine Rückgänge, der Juli aber hat mit 55,26 Mk. den bis jetzt höchsten Preisstand geschaffen. Sämtlich im Juli waren für den Wochenbedarf einer aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern bestehenden Familie aufzuwenden:

	1912	1913	1914	1915	1916	1917
pro Familie	26,10	25,88	25,12	38,16	53,47	55,26 Mk.
pro Kopf	6,53	6,47	6,28	9,54	13,37	13,82 „
Steigerung seit 1912	—	—	—	46,41	104,87	111,72 Proz.

Es kommen jedoch hierfür nur folgende Lebensmittel in Betracht: Rind-, Schweines- und Hammelfleisch, Reis, Bohnen, Erbsen, Weizenmehl, Backpflaumen, Kartoffeln, Brot, Butter, Zucker, Salz, Kaffee, Tee, Essig, wovon in Friedenszeit eine vierköpfige Familie einen Wochenverbrauch von 71 Pf. haben sollte. Während sie im Juli 1914, also im letzten Friedensmonate, dafür 25,12 Mk. zu vertragen hatte, würden bei gleicher Menge im Juli 1917 dagegen 55,26 Mk. erforderlich sein, also rund 120 Proz. mehr. Nun sind wir — die ländliche Bevölkerung und sonstigen Selbstverfolger ganz hinhingegenommen — ja auf Rationen gesetzt, unter denen die Menschen zum Schaffen werden. Mit den von Calwer berechneten 16 Nahrungsmitteln ist aber nur die Magenfrage jetzt ganz dürftig gelöst, zum Leben gehört doch ein Erleichterliches mehr. Es ist traurig, daß wir trotz dreijährigem Krieg immer noch keine die gesamte Lebensführung erfassende Statistik haben. Die 111,72 Proz. Steigerung seit Juli 1912 würden sich im Gelambilde gewiß recht verlieren und dafür eine Zahl zu lesen sein, die wohl auch den schlimmsten alldeutschen Kriegsgeheuer von jädem Schrecken überkommen lassen würde und auch den Regierungskleuten jedeswegs Schwanken vertreiben müßte. Für die Unternehmer aber ergibt sich nur eine Schlussfolgerung aus dieser bösen Situation: Entweder den Arbeitern freiwillig geben, was kein muß, oder dazu gezwungen werden! Wenn man die

Kriegswirtschaft nicht besser ausgleichend zu gestalten verstand, so hat der Arbeiter nicht die geringste Ursache, ruhig mitanzusehen, daß aus seiner Haut die Riemen geschnitten werden.

Unterschiedlichkeit der Lebensmittelpreise. In dem Vorberichte von Calwers Lebensmittelstatistik für den Juli — die gedruckte ausführliche erscheint immer etwas später — ist eine Aufzählung nach Landesteilen vorgenommen. Danach hatten Durchschnittsziffern der in vorstehender Notiz näher bezeichneten Art: Rheinprovinz 61,66 Mk., Selsen-Naissa 58,24 Mk., Westfalen 58,17 Mk., Elb-Lothringen 57,23 Mk., Berlin und Vororte 57,06 Mk., Mecklenburg-Schwerin 56,76 Mk., Oldenburg 56,30 Mk., Königreich-Sachsen 55,98 Mk. Diese Distrikte standen somit über dem Reichsindex von 55,26 Mk. Unter demselben befanden sich: Pommern mit 54,96 Mk., Brandenburg ohne Berlin 54,66 Mk., Schleswig-Holstein 54,66 Mk., Selsen 53,60 Mk., Provinz Sachsen 53,34 Mk., Anhalt 52,25 Mk., Hannover 51,86 Mk., Thüringische Staaten 51,54 Mk., Westpreußen 51,30 Mk., Baden 51,06 Mk., Schlesien 51,02 Mk., Polen 50,00 Mk., Bayern 49,52 Mk., Ostpreußen 47,64 Mk. und Württemberg 47,54 Mk. Calwer gibt dann noch einige Notierungen über den Wochenmarkt in Ulm vom 18. August an, denen wir die vergleichbaren amtlichen Leipziger Markthallenpreise von demselben Tag in Klammern beifügen. Es kosteten in Ulm Frühbäpel 25—50 Pf., das Pfund (32—63), Frühbirnen 20—60 (34—60) Pf., blaue Pflaumen 30—40 (55) Pf., Pfirsiche 70 (140—150) Pf., Tomaten 45—50 (50—62) Pf., Pfifferlinge 50 (150—180) Pf., Steinpilze 80—100 (180 bis 200) Pf., Champignon 80—100 (125—400) Pf., Abbarbar 18—20 (25—35) Pf., Zwiebeln 25 (30—40) Pf., Mohrrüben 20—25 (40—50) Pf., Karotten 20—25 (30 bis 40) Pf., Buch- und Stangenbohnen 30—40 (70—120) Pf., Spinat 17 (25—28) Pf., Wirtlingshohl 17 (30—40) Pf., Weiskohl 14 (30—40) Pf., Sellerie das Stück 15—25 (15—20) Pf., Blumenkohl 20—80 (50—140) Pf., Rettiche 3—10 (8—25) Pf., Kopfsalat 6—15 (10—20) Pf., Endivienalat 8—20 (15—20) Pf., Blaukraut 30—70 (40 bis 50) Pf., junge Tauben das Paar 2,30 (das Stück 1,50 bis 2,75) Mk., eine junge Ente 7,50—8 (das Pfund 4,50 bis 5,50) Mk., ein junger Hahn 2—3 Mk., ein alter, schwerer Hahn 5—6 Mk., eine Suppenhenne 4—6 Mk., ein junges, halbgewachsenes Huhn 7—8 Mk. (in Leipzig dagegen junge Hühner 4,50—5,50 Mk., alte Hühner 4—5 Mk. das Pfund). Ulm wird für die meisten der geführten Artikel ebenso Höchstpreise haben wie Leipzig, letzteres jedenfalls in größerem Umfange, trotzdem besteht aber eine Unterschiedlichkeit, wie auch in den Lebensmittelpreisen nach Landesteilen, die man nicht für denkbar halten sollte. Daran ist ersichtlich, wie erschreckend wenig ausgleichend unsere Ernährungswirtschaft bis jetzt funktioniert hat.

Eine „Brot- und Viktualien-Taxe“ aus dem Jahre 1730. Ein Leipziger Kollege besitzt die erste Nummer des Wöchentlichen Anzeigers der „Königl. Pöhl. Churfürstlichen Residenzstadt Dresden“ vom 1. September 1730, die in mancher Beziehung ein kulturhistorisches Dokument darstellt. Man findet darin auch eine Brot- und Viktualientaxe, die die Preise bekanntgibt auf die Zeit „vom 1. August 1730 bis auf weitere Verordnung“. Ein Verbot gegen diese Taxe wurde bei Verkäufer und Käufer mit 5 Taler Strafe geahndet — nach dem damaligen Geldwert also eine ziemlich derbe Buße für manchen Händler, der nicht genug verdienen konnte. Die Taxe vermerkt zunächst den Preis und das Gewicht für Brot und Semmel zu damaliger Zeit. Ein Schoppenbrot mußte wiegen 1 Pf., 7 Lot, 2 Quentchen (vierter Teil eines Lotes), ein Dreipennigbrot 19 Lot, 3 Qu., das Einpennigbrot 6 Lot, 2 Qu. Ein Grochenbrot hatte das Gewicht von 3 Pf., 6 Lot, 3 Qu. Eine Schoppenbrotlein hatte 25 Lot, eine Dreipenniglein 12 1/2 Lot, eine Einpenniglein 4 Lot zu wiegen. Interessant sind die zu damaliger Zeit geltenden Viktualienpreise: eine gute alte Henne kostete 4—5 Groschen, eine geringere 3 Gr., ein Paar starke junge Hühner 4 Gr., ein Paar kleinere 3 Gr., ein gemästeter Kapoun 14 Gr., ein ungemästeter 7—8 Gr., ein gemästeter Truthahn 1 Taler, ein ungemästeter 12 Gr., eine gemästete Truthenne 14 Gr., eine ungemästete 8 Gr., eine gemästete Gans 12—14 Gr., eine ungemästete 5—6 Gr., eine junge Ente 2 Gr., 6 Pf., ein Paar junge Tauben 1 Gr. 9 Pf. bis 2 Gr., 1 Schöck Eier 8 Gr., 1 Kanne Butter von 2 Pf. 4 Gr., 1 großer Ziegenkäse 9—10 Pf., ein mittlerer 8 Pf., ein kleiner 6 Pf., 1 Schöck Kuhkäse 10 Gr., 1 Schöck kleine Käse 8 Gr. Wenn läuft da, wenn er diese „Taxa“ aus alter Dresdener Zeit liest, nicht das Wasser im Munde zusammen? Und die Händler, Landwirte und Bauern, wie wird ihnen bei solchen Preisen? Man spricht doch sonst so gern von der guten alten Zeit!

Tagesordnung des 22. deutschen Frankenhaffentags. Zu den am 17. und 18. September im „Gewerkschaftshaus“ zu Dresden stattfindenden Verhandlungen sind folgende Hauptpunkte angelegt worden: Zukunftsaufgaben der Frankenhaffen (Belehrat Dr. Kaufmann [Berlin]); Die Fürsorgeorganisation und die Frankenhaffen: a) Mutters-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge (Oberarzt Dr. Roff [Berlin]), b) Fürsorge für Lungenerkrankte (Oberarzt Dr. Behringer [Dresden]), c) Fürsorge für Geschlechtskranke (Sanitätsrat Dr. Cohn [Dresden]); Die fachärztliche Behandlung der chronischen Beinleiden (mit Wühlbüchern) (Spezialarzt Dr. Braun [Berlin]); Änderung der Reichsversicherungsordnung (Schriftführer Dr. Mayer [Frankenthal] und Rechtsanwält Dr. Baum [Berlin]); Die Arztfrage (Geschäftsführer Selmut Lehmann [Dresden]); Die Arzneiverordnung der Frankenhaffen (Kassenvorstand Brack [Reimscheid]); Die Vereinbarungen zur Durchführung der §§ 219 ff. der Reichsversicherungsordnung (Verwaltungs-

